

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. — Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Otto Ene, Offen; Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, beide in Bochum, Wilmshäuser Str. 38-42. Teleph. Nr. 89, 93 u. 224. Telegramm-Nr.: Arbeiterband Bochum.

An die Verbandsmitglieder!

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit, entsprechend den §§ 50 bis 53 des Verbandsstatuts, die

23. Generalversammlung

unseres Verbandes auf Sonntag, den 29. Mai 1921, nachmittags 7 Uhr, und folgende Tage, in das Hotel „Einhorn“ in Gelsenkirchen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Geschäftsbericht:
 - a) Allgemeines;
 - b) Tarif- und Lohnbewegung;
 - c) Betriebsräte im Bergbau;
 - d) Bergmannsbedingungen;
 - e) Klassenbericht;
 - f) Bericht der Redaktion;
 - g) Bericht der Jugendabteilung;
 - h) Bericht des Kontrollausschusses.
4. Änderungen des Verbandsstatuts.
5. Die Arbeitsgemeinschaften.
6. Die Sozialisierungstrage im Bergbau.
7. Die Sozialpolitik im neuen Deutschland.
8. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Nürnberg.
9. Bericht vom Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf.
10. Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschafts- und internationalen Bergarbeiterkongress.
11. Wahl des Vorstandes, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
12. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
13. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Nach § 52 des Statuts werden für das ganze Verbandsgebiet 150 Delegierte und die doppelte Anzahl Ersatzmänner gewählt. Die Delegierten werden nach der Mitgliederzahl vom 31. Dezember 1920 verteilt und sind bei der Berechnung mindestens 48 Wochenbeiträge zugrunde zu legen. Sobald die Mitgliederzahl

die am 31. Dezember 1920 vorhanden war, festgestellt ist, erfolgt die Verteilung der Delegierten, und haben die Bezirkskommissionen der einzelnen Bezirke dann die Wahlbezirke einzuteilen und uns spätestens bis zum 20. Februar 1921 einzuschicken, damit die Veröffentlichung erfolgen kann.

Die Wahl der Delegierten erfolgt im ganzen Verbandsgebiet am Sonntag, den 10. April 1921, von 8 bis 6 Uhr nachmittags, nach den Bestimmungen der Wahlordnung, welche so bald als möglich veröffentlicht wird.

Als Delegierte können nur Mitglieder gewählt werden, die unserem Verbande mindestens zwei Jahre angehören. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied in der Zahlstelle, wo es wohnt, wenn es nicht mehr als acht Wochenbeiträge schuldig ist. (Siehe jedoch § 5 Abs. 1a des Statuts).

Über den gewählten Delegierten haben an der Generalversammlung teilzunehmen: die Mitglieder des Gesamtvorstandes, des Kontrollausschusses, die Redakteure der Verbandsorgane und die Bezirksleiter.

Die vom Vorstand ausgearbeiteten Abänderungsanträge zum Verbandsstatut werden in eine der nächsten Nummern der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.

Etwalige Anträge zur Generalversammlung, die nach § 53 Abs. 1 des Statuts vom Vorstand, den Bezirkskonferenzen und Mitgliederversammlungen gestellt werden können, müssen bis zum 17. April 1921 bei uns eingegangen sein. Die Anträge müssen getrennt von sonstigen Mitteilungen eingeklebt werden. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben sein. Auch muß bei jedem Antrag der Name des Bezirkes oder der Zahlstelle, der Punkt der Tagesordnung und bei Anträgen zum Statut der in Frage kommende Paragraph angegeben sein. Ferner müssen die Anträge mit dem Stempel und der Unterschrift der Bezirks- oder der Zahlstellenleitung versehen sein. Auch ist das Datum, an welchem die Konferenz bzw. die Mitgliederversammlung stattgefunden hat, anzugeben. Die bis zum 17. April 1921 eingelaufenen Anträge werden dann zusammengefaßt und veröffentlicht und ferner den Teilnehmern der Generalversammlung in einer besonderen Vorlage vorgelegt. Anträge, die nach obigem Zeitpunkt eingehen, können nicht zur Veröffentlichung gelangen.

Bochum, den 15. Januar 1921.

Mit Glück auf!

Der Verbandsvorstand.

H. A. Fr. Sulemann.

In derselben Sitzung der Nationalversammlung sprach auch der Vorsitzende des christlichen Gewerksvereins, Zentrumsabgeordneter Zambusch, zu den Gesandten. Er sagte sich zunächst auseinander mit denen, die — damals und heute noch — die Sozialisierungstrage als eine „partei-politische Agitationsmache“ bezeichnen. Hierzu sagte Zambusch:

„Bisher lebten in Deutschland sehr viele im Schatten; es war nicht alles vollkommen und mancher staunt heute geradezu über das elementare Verlangen nach Sozialisierung unserer Wirtschaft. Wenn er mehr Einblick in die Lage und Gefühl der breiten Volksmassen hätte, würde er nicht staunen... Auch in der Frage der Sozialisierung sollte man allgemein die Stimmung der breiten Volksmassen zu erschließen suchen und sich die Frage vorlegen: warum will man eine Änderung unserer Wirtschaft? Wäre die bisherige Wirtschaft als vollkommen empfunden worden, so wäre das Verlangen nach einer Änderung nicht so stark hervorgetreten.“ (Stenogramm Seite 531/532.)

Zambusch bezeichnet also die Sozialisierungstrage als ein „elementares Verlangen“ und empfiehlt die Berücksichtigung der Volksstimmung. Dem Bergarbeiterverband aber wird jetzt in der Tat, er trete für die Sozialisierung ein aus agitatorischen Gründen, um die „Herrnradikalen“ zu befriedigen. Muß man denn mit der Erfüllung eines „elementaren Verlangens“, wie Zambusch die Sozialisierungstrage bezeichnete, warten, bis „Santibál vor den Toren“ steht? Ist mit der Politik des Verlangens notwendiger Reformen nicht schon genug Unheil angeichtet worden?

Zambusch klagte die Großindustriellen an, schroff auf ihrem „Verrentandpunkt“ geblieben und darum schuldig dafür zu sein, daß der revolutionäre Sturm losgebrochen sei. Folgende Sternsätze aus seiner Rede charakterisieren die Anschauungen Zambuschs recht klar:

„... wir stehen vor der Tatsache, daß der Stimmung und der Forderung der Massen entgegengelommen werden muß. Es liegt etwas Gefundes — Natürliches darin, das Erfüllung verlangt...“ (Seite 532.)

„Ungerechtes, arbeitloses Einkommen, wie es die kapitalistische Produktion vielfach schafft, muß verschwinden. Wagt es denn noch in unsere heutige Zeit, daß einer für Nichts mehr bekommt als Tausende die das ganze Jahr hindurch arbeiten?“

„Wir müssen also sozialisieren, die Arbeiter und Angestellten dürfen nicht mehr in der bisherigen Weise vielfach als Ware behandelt werden.“ (S. 533.)

Wort für Wort stimmen wir zu. Heute noch wie damals. Es ist eine unglückliche Politik, einem „elementaren Verlangen“ gegenüber von „Schlagwort“, „Agitationsmache“ und dergleichen mehr zu reden, vielmehr in der fröhlichen Hoffnung, sich so um die Erfüllung dieses Volksbegehrens herumdrücken zu können. Zambusch hat in seiner Rede recht gut dargestellt, wie sich die alten Machthaber stets gegen Reformen geäußert haben und wie schließlich unter dem Massenruck eingetretene Verbesserungen gar keine Befriedigung auslösten. Eine kluge Politik wartet nicht ab gegenüber einem elementaren Verlangen, sondern kommt diesem rechtzeitig entgegen.

Man überliert heute noch immerfort mit der Lebensart von dem „Experiment der Sozialisierung“, das man „in der jetzigen Zeit“ nicht machen könne. Auch darauf hat Zambusch geantwortet:

„Früher haben die Vertreter der deutschen Unternehmer den Untergang der Industrie prophezeit für den Fall, daß ein Arbeiterstreik durch Gesetz eingeführt würde. Früher haben sie den Untergang der Industrie prophezeit für den Fall, daß Arbeiterausfälle, diese harmlose nützliche Einrichtung, eingeführt würden.“ (Seite 535.)

Jetzt prophezen die Unternehmervertreter den „Untergang der Industrie“, wenn der Bergbau sozialisert wird. Und in einem großen Teil der Zentrumsreden wird nun diese kapitalistische Art der Prophezei kräftig unterstützt. Eine Flut von Zeitartikeln, Notizen, Broschüren und Büchern, alle gegen jede Sozialisierung freudlos, ist auf uns niedergegangen. Wissenschaftler vor weiß welchen Ranges „beweisen“ historisch, philosophisch, statistisch, daß nur der Egoismus die Wirtschaft im Gang halten könne. Auch das hat Zambusch in seiner Parlamentsrede markiert, indem er sagte:

„Wir leben doch nicht um zu produzieren, sondern um zu konsumieren um zu leben. Bisher aber wurde vielfach das Geld als das Entscheidende, der Mensch nur als etwas Untergeordnetes, nur als ein Mittel zum Geldverdienen und zur Ausnutzung betrachtet. Ein ungezügelter Gewinnstreben ließ die notwendige Rücksicht auf die Menschen vielfach vergessen und eine falsche Wissenschaft förderte und verteidigte diese falsche Richtung. Wir hatten Wissenschaftler, die nur den Egoismus als einziges Wirtschaftsmotiv gelten ließen, als lebe, Götter, alle höheren Gesichtspunkte ausschalteten.“

Wir „hätten“ nicht nur solche „Wissenschaftler“, sondern wir haben sie leider noch in Hülle und Fülle. Wenn Zambusch nun die Parteipresse liest, die sich mit Vorliebe auf das Christentum beruft, wird er finden, daß auch hier der „Egoismus als einziges Wirtschaftsmotiv“ gelehrt wird. Es ist eben das Unheilvolle, daß man in der gegenwärtigen Erörterung der Sozialisierung ihre große ethische Bedeutung gar nicht würdigt. Formlich mit Gewalt wird alles auf den Egoismus eingestellt, dabei auch die Anpreisung der „Klein-aktie“.

„Ist es denn wahr, daß die „Dinge“ für die Sozialisierung „noch nicht reif“ sind? Wir haben natürlich keine bolschewistische „Sozialisierung“ im Auge. Deren selbstverständliches Resultat leben wir nun in Rußland, wo die Sowjetregierung den ausländischen Kapitalisten Ausbeutungskontingente anbietet! Diesen Weg wollen wir nicht beschreiten. Aber ist es „noch zu früh“, mit der Bergbau-Sozialisierung zu beginnen?“

Zambusch stellte fest, daß der Gesandtenrat betr. die Sozialisierung der Wirtschaft einen Eingriff in den Handel bedeute, der bereits privatkapitalistisch monopolisiert sei. Sodann behauptete er die weitere Sozialisierung und sagte:

Giesberts und Zambusch für Sozialisierung.

Ist es noch erlaubt, daran zu erinnern, daß wir in Deutschland bereits ein Sozialisierungsgesetz und sogar eine Reichsverfassung haben, durch welche die Sozialisierung der Bergbauwirtschaft vorgesehen ist? Die Befehle gegen die Sozialisierung ist ja schon so weit gediehen, daß ihre Befürworter als gemeingefährliche Subjekte behandelt werden. Ist es „vollendeter Kommunismus“, wenn man die Liebertragung des Eigentums an den bergbauwirtschaftlichen Produktionsmitteln an die Allgemeinheit im Sinne des Sozialisierungsgesetzes und der Reichsverfassung fordert? Diesen Gesetzen hat doch auch die Zentrumsfraktion zugestimmt. Die Deutschnationalen und Volksparteiler haben sie allerdings abgelehnt. Aber heute bekämpfen die Zentrumsaktionen mit der Reichsberufungsstelle die praktische Durchführung dieser Gesetze! Glaubt man etwa, dadurch die Achtung vor dem Gesetz zu stärken?

Angesichts des wohlorganisierten Verächtlichungsfeldzuges gegen die Befürworter der Bergbau-Sozialisierung auf gesetzlicher Grundlage ist es am Platze, in die Erinnerung zurück zu rufen, was in den Parlamentsdebatten über das Sozialisierungsgesetz und das Kohlenwirtschaftsgesetz von Persönlichkeiten gesagt worden ist, die über den Verachtlichungsgegenstand „vollendeten Kommunismus“ zu wanken, erhaben sind. Wir benutzen als Unterlagen die von den betr. Rednern selbst kontrollierten Stenogramme ihrer Ausführungen. In Betracht kommt das Stenogramm der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. März 1919.

Die 1. Rede des Sozialisierungsgesetz- und des Kohlenwirtschaftsgesetzes fand statt. Deutschnationale und völkervereinliche Gegner der Gesetze hatten die Entwürfe und ihre Motive nach Strich und Faden heruntergemacht. Darauf nahm Reichsminister Giesberts das Wort.

Giesberts, bekanntlich der älteste Führer der christlichen Gewerksvereine, stellte zunächst fest, daß die Idee der Sozialisierung nicht erst aus der Revolution geboren sei, sondern vor dem Kriege in der Arbeitererschaft schon viel mehr erörtert worden ist. „Man solle diese nicht zu diskreditieren suchen, indem man ihr falsche Absichten unterstellt.“ Sodann beschäftigte sich Giesberts mit den rechtsparteilichen Anklagen, das Sozialisierungsgesetz sei ein Verbeugen vor der Revolution. Dazu sagte Giesberts:

„Die Vorlage ist kein Zugeländnis an die Revolution, sondern ein Zugeländnis an den neuen Geist der Dinge. Sie von der Rechten haben immer noch nicht begriffen, daß wir in Deutschland nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Revolution erlebt haben, daß wir mitten darin stehen, und daß diejenigen, die sich dieser Lösung entgegenstellen, Deutschland dadurch in die Arme des Chaos hinabstoßen, während wir versuchen wollen, aus den Trümmern des Krieges und den wirtschaftlichen Erschütterungen heraus etwas Neues aufzubauen. Das ist heute die Pflicht eines jeden national denkenden Mannes.“ (Stenogramm vom 8. März 1919, Seite 591.)

Giesberts proklamiert also die Förderung der Sozialisierung geradezu als eine nationale Pflicht. Heute aber lesen wir auch in Zentrumszeitungen, daß die Befürworter der Sozialisierung staatsgefährliche Subjekte seien.

Auf die Anträge des früheren Kruppischen Generaldirektors Ing. Dr. Eugen Berg, die Sozialisierung bedeute einen „Eingriff in das Privatvermögen“, antwortete Giesberts:

„Meine Herren, die Eingriffe in das Privatvermögen werden allerdings kommen, sie sind auch nach bestimmten Richtungen sehr notwendig; denn die schrankenlose Eigentumsverhältnisse... ist nicht zuletzt der Grund der sozialen Leiden, unter denen wir zu leiden haben, und nicht zuletzt der Grund der Revolution, in der wir leben. Dieser aberkannte Eigentumsbegriff unter dem Gesichtswinkel kommunistischer, egoistischer Ideen hat die Ideenwelt für die Revolution gelegt.“ (Seite 591.)

Damit verweist der Katholik, Zentrums- und Gewerksvereinsführer Giesberts, wie wir, den kommunistischen Eigentumsbegriff und erklärt, Eingriffe seien „notwendig“. Weil wir das selbe sagen, sollen wir „vollendete Kommunisten“ sein. Gegenüber dem Vorwurf, die Sozialisierung werde „Zwangswirtschaft“ bringen, erklärte Giesberts:

„Die Zwangswirtschaft des Kohlenhandels haben die Verbraucher schwer zu leiden. Die Zwangswirtschaft, die die Sozialisierung einleitet, wird jedenfalls erträglicher sein als das, was das Kohlenhandels seinen Verbrauchern zwangsweise aufgebürdet hat.“ (Seite 592.)

Weiter wandte sich Giesberts gegen „jene wilden Sozialisierungen“ und stellte auf eigener Anschauung fest, „daß vielfach solche Betriebe, wo die selben Organisationen gepflegt wurden, die gerade bolschewistische Streiks und Putzsch sind.“ (Seite 593.)

Die „Bergarb.-Ztg.“ hat sich immer wieder, noch in ihrer Nummer vom 1. Januar 1921 (Zeitartikel), mit klarer Schärfe gegen die sozialfalsch-bolschewistischen Schein-Sozialisierungen gemandt. Trotzdem wird durch ein zentralisiertes Korrespondenzbüro auf die Öffentlichkeit eingewirkt, zu glauben, die Führer des Bergarbeiterverbandes ständen unter „kommunistischem“ Einfluß.

Giesberts schloß weiter, wie die großkapitalistischen Kreise stets gegen jede wirkliche Sozialreform kämpften:

„Der nächste Sturm, der sich heute auf der ängstlichen Rechten und in den Kreisen der deutschnationalen Partei gegen die Sozialisierung erhebt, hat sich schon zu den Zeiten erhoben, als die ersten sozialen Gesetze im alten Reichstage eingebracht wurden.“ (Seite 593.)

Wenn Giesberts heute die ihm nahestehende Presse studiert, wird er finden, daß sich diese größtenteils den Stürmern gegen die Sozialisierung angeschlossen hat. Wer diese Schwankung nicht mitmachen will, wird heruntergerissen.

Zum Schluß appellierte Giesberts an alle jene, die den von ihm vertretenen Anschauungen zum Siege verhelfen wollen und erklärte:

„Das können Sie aber nur, wenn Sie eine vernünftige Sozialisierung durchführen, das können Sie nur, wenn Sie das System der kapitalistischen Macht brechen und an dessen Stelle die soziale Gerechtigkeit und Volkssouveränität setzen.“ (Seite 594.)

Das Giesberts sagte, ist auch unsere Meinung, nicht erst seit Verdringung des Krieges. Ist deswegen Giesberts ein „vollendeter Kommunist“? Natürlich ist er es nicht, aber heute wird der Versuch gemacht, jeden konsequenten Befürworter einer vernünftigen Sozialisierung, worunter keine Kleinrentenausgabe und privatkapitalistische Verteilung zu verstehen ist, an einen

Wahrheitsgemäßigkeit an die Durchführbarkeit und Widerstandsfähigkeit der

Die Hinterbliebenen erhalten nach dem Jahresarbeitsverdienst von 1917

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Am 4. Januar starb der Hauptkassierer des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter...

Internationale Rundschau.

Zur oberösterreichischen Kohlenfrage.

Um eine rationelle Ausnützung der polnischen Steinkohlenschäde, deren Notwendigkeit im Interesse der Weltproduktion...

Die Gesamtproduktion in Ostpreußen betrug 1918 84 Millionen Tonnen, aus anderen Ländern wurden nur geringe Mengen...

Wir stellen dem gegenüber nur die heutigen Verhältnisse in Rechnung. Das Gesamtareal des oberösterreichischen Steinkohlengebietes beträgt 6900 Quadratkilometer...

Das Straßauer Revier hat ein Areal von 1500 Quadratkilometer. Im letzten nördlichen Teile, der bisher allein aufgeschlossen wurde, führt die mächtig Sandböden von 6000-6600 Wärmeinheiten...

Die Förderleistung von 1918 ergab: Preußen 43,8 Millionen Tonnen, Polen 8,4 Mill. Tonnen, Tschechien 9,4 Mill. Tonnen...

Die Entwicklung der Produktion von 1913 ergab: Preußen 43,8 Millionen Tonnen, Polen 8,4 Mill. Tonnen, Tschechien 9,4 Mill. Tonnen...

Die Produktion von 1918 ergab: Preußen 43,8 Millionen Tonnen, Polen 8,4 Mill. Tonnen, Tschechien 9,4 Mill. Tonnen...

waren 60 Prozent der polnischen Bergwerke in französischem Besitz — be- züglich. Das Ziel ist die Erschließung der polnischen Kohlenlager im

Mahnruf eines Amerikaners: „Oberösterreich muß deutsch bleiben!“

Am 2. März veröffentlichte das „Düsseldorfer Echo“, die über die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftslage, ja stärker noch über die

Das Buch Sidney Ehrhorns ist das vollwertigste Seitenstück zu Magrath's „The Economic Consequences of the Peace“...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Am 27. 12. 1920 verschied nach langem, schwerem Leiden der Kamerad und langjährige Anwaltskandidat Ernst Homberg im Alter von 61 Jahren.

Nur ein gefoltertes Leben, sondern auch ein politisches Leben hat er regen Anteil genommen und seiner Mann gestellt. Es war sehr

Zur Antriebsverleugung im Ruhrgebiet.

Am 22. November 1920 hat sich unser Verband um bessere Startoffel- verorgung an die Reichskartoffelstelle, das Reichsernährungsministerium und Reichsarbeitsministerium gewandt.

Zeche Mansfeld, Schacht 5.

In der Nr. 43 der „Freien Arbeiter-Union“ erschien ein Artikel unter „Zeche Mansfeld, Schacht 5.“. Dem wird gesagt, daß auf obiger

Jetzt zur Klärung der Stimmung der betreffenden Arbeiter. Der Arbeiter, welcher als Redakteur hier beschäftigt war, wurde von

Kommunistisch-sozialistische Generalratskonferenz.

Am 11. Januar hatten die Unionisten und Syndikalistischen ihre ge- treuen Vertreter nach Essen („Mühlhans“) zusammenzuführen.

den, ob in Anbetracht des Hamborner Streiks der Generalstreik für Rheinland und Westfalen und eventuell für ganz Deutschland proklamiert werden soll.

Der einzige Tagesordnungspunkt, welcher zu drei Punkten aus- gebreitet wurde, lautete: „Bericht vom Hamborner Streik.“

Die ganze Diskussion ergab nicht das, was die Delegation der Kon- ferenz wünschte. Wiederholt ermahnte sie die anwesenden Delegierten, sich zu äußern über die Stimmung innerhalb ihrer Delegierten im Streik,

Interessant ist das Ergebnis von Zeche Lothberg. Die Vertreter von Lothberg berichteten, daß bei ihnen die Stimmung für einen Streik nicht vorherrschend ist und sie einen solchen auch nicht verantworten können.

Trotz Konfuzen war für ganz Rheinland und Westfalen. Inmer- fass des Ruhrreviers haben wir 23 Schachtanlagen. Von diesen waren 34 mit 123 Bergleuten besetzt.

Außerdem waren 22 Gruben arbeitslos. Als die ganze Diskussion nicht im Stille der Grubenarbeiter, die für einen Streik bereit, müßten

Wollt von der Berliner Zentralfunktion der einstufige genug um den Delegierten ein klares Bild über die Situation zu geben, an dem

Nachdem die Wortmeldungen der Delegierten erschöpft waren, bekam das Wort Rudolf W. über die Situation im Ruhrgebiet zu sprechen.

